

## AUSSPRACHE

### Der freiheitliche Sozialismus als Teil der Sozialrevolutionären Bewegung

*Fritz Sternberg* sagt in Heft 5/1962 dieser Zeitschrift, die Zukunft des freiheitlichen Sozialismus hänge weitgehend davon ab, daß er aus einer vornehmlich europäischen zu einer Weltbewegung werde. In der Tat. Leider ist es so, daß viele europäische Sozialisten noch nicht einmal europäisch denken; ihr Blick bricht sich oft schon an den Landesgrenzen. Der Übergang zu einem planetarischen Denkstil wird daher lange Zeit in Anspruch nehmen. Es wäre Aufgabe der Sozialistischen Internationale, diesen Prozeß zu verkürzen. Ihre Aktivität müßte um vieles erhöht, ihre Publizität verstärkt, ihr Sekretariat durch Einbeziehung von Vertretern aller Kontinente ausgebaut werden. Es könnte sogar zweckmäßig sein, ihren Sitz aus Europa in einen der neuen Schwerpunkte des Weltgeschehens zu verlegen — gerade das Drastische und Ungewöhnliche eines solchen Schrittes wäre geeignet, die Aufmerksamkeit aller demokratischen Sozialisten zu erregen und ihren Blick von Europa etwas abzuziehen. Es wird nicht genügen, Zweigbüros (wie für Asien) zu errichten.

Womöglich noch wichtiger dürfte etwas anderes sei. Der demokratische Sozialismus muß sich dessen bewußt werden, daß er ein Bestandteil der Sozialrevolutionären Bewegung des 20. Jahrhunderts ist, die bereits weltumspannende Züge trägt, aber bisher nur in Europa evolutionäre Formen angenommen hat.

Der Kommunismus ist ein Versuch, die sozialrevolutionäre Bewegung zu überfremden. Er tritt als Partei, nicht als Bewegung auf. Erst wenn und soweit es ihm gelingt, sich der Sozialrevolutionären Bewegung zu bemächtigen, erhält er eine Massenbasis. Wir haben das in *Rußland*, aber auch in *China* gesehen — wo sich *Mao Tse-tung* noch immer auf *Sun Yat Sen* sowie darauf beruft, daß die chinesische Revolution eine Bauernrevolution gewesen sei. Wir erleben es jetzt in *Kuba*, wo eine ursprünglich Sozialrevolutionäre Bewegung mehr und mehr von einem Netz kom-

munistischer Kader überzogen wird. Die Entwicklung Kubas zu einem totalitären Staat befindet sich noch in den Anfängen und verläuft auch keineswegs zwangsläufig — ebenso wenig wie es zwangsläufig war, daß *Rußland* und *China* kommunistisch wurden. Man hat sehr viel über die Taktik der kommunistischen Machtergreifung geschrieben. Mit welchen Methoden und auf Grund welcher Ursachen es den Kommunisten aber gelang, die Sozialrevolutionäre Bewegung in einer Reihe von Ländern zu überfremden, ist bisher nicht untersucht worden.

Ein Studium dieser Frage würde vermutlich ergeben, daß die Sozialrevolutionäre Bewegung in zahlreichen Ländern u. a. an ihrer nationalen Abgeschlossenheit und auf Grund mangelnder internationaler Solidarität zugrunde gegangen ist. Die Lehre daraus wäre, daß die Überfremdung weiterer sozialrevolutionärer Bewegungen in einzelnen Ländern durch die internationale Solidarität der sozialrevolutionären Gesamtbewegung verhindert oder zumindest gebremst werden könnte. Wir sollten nicht verkennen, daß der Kommunismus einen großen Teil seiner Erfolge der weltumspannenden Koordinierung seiner Aktionen verdankt. Wir müssen ihm daher auf der gleichen Ebene gegenüberreten. Die sozialrevolutionäre Bewegung hat bisher allerdings nur in wenigen außereuropäischen Ländern Parteien hervorgebracht. Sie ist ein Strom, kein Kristall. Aber ihre Kristallisierung ist jetzt ein dringendes Gebot.

Wenn der freiheitliche oder demokratische Sozialismus sich als Bestandteil der sozialrevolutionären Bewegung des 20. Jahrhunderts erkennt, wird er die Entwicklungsländer nicht mehr als solche, also gewissermaßen ein wenig von oben her, sondern als Bruderländer betrachten, in denen vielfach junge Sozialrevolutionäre Kräfte entweder bereits zur Macht gekommen sind oder in der Nähe der Macht stehen — als Länder, denen nicht Almosen gegeben werden sollen, sondern denen eine im Grunde ganz selbstverständliche solidarische Unterstützung zusteht. (Ganz abgesehen davon, daß die westlichen Staaten in Form der „Entwicklungshilfe“ im Grunde nur zurückzahlen, was sie in jahrhundertelanger imperialistischer Politik den Afrikanern und Asiaten genommen haben.)

Wenn der freiheitliche Sozialismus dieses Bewußtsein internationaler Verbundenheit gewinnt, wird er auch der Sozialrevolutionären Bewegung in Lateinamerika aufgeschlossener als bisher gegenüberstehen. Wenn die Demokraten vor der unabdingbar gewordenen Agrarreform zurückschrecken, wird sie schließlich von den Kommunisten durchgeführt werden. Die Folgen wären schon jetzt vorauszu-sehen. —

*Sternberg* geht davon aus, daß Europa auf-gehört habe, industrielles, politisches und geistiges Zentrum der Welt zu sein. Das trifft ohne Zweifel zu. Er schreibt dann vom „Zeitalter der beiden Weltmächte“ — den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion —, die sich im Ost-West-Konflikt gegenüberstünden. Das erinnert mich an eine Formulierung im *Staatslexikon* (Herder Verlag) vom Jahre 1959, wonach zwei „Weltimperien“ entstanden seien und die europäische Vormachtstellung durch die „Welthegemonie“ der USA und der UdSSR abgelöst worden wäre. An dieser Stelle möchte ich einhaken und sagen, daß m. E. auch dieses Weltbild bereits nicht mehr der politischen Wirklichkeit entspricht. Durch den Aufstieg Rotchinas zur dritten Weltmacht, der sich bereits vollzogen hat, ist ein neuer Faktor entstanden, der das Schema des Ost-West-Konflikts — wie es etwa bis 1950 gültig war — allmählich durchbricht. Peking ist nämlich nicht nur zu einem neuen Zentrum des Kommunismus, sondern auch zu einem neuen Zentrum der Weltpolitik geworden. Vor allem deshalb, weil es eine eigenständige Politik gegenüber den „Entwicklungsländern“ in Asien, Afrika und Lateinamerika betreibt, also gerade in den Schwerpunkten der heutigen Weltpolitik. Sowohl die Sowjetunion als auch die USA liegen außerhalb dieses gewaltigen Spannungsfeldes beziehungsweise an seiner Peripherie. Sie sind Kristallisations- und Ausstrahlungszentren, die weitgehend nur mittelbaren Einfluß auf das Geschehen in Asien, Afrika und Lateinamerika ausüben können. China als rein asiatisches Land befindet sich zumindest in Asien in einer viel vorteilhafteren Lage.

Ob ein Land Weltmacht ist, hängt nicht vom Besitz eigener Atomwaffen, sondern von seinem Einfluß auf das Weltgeschehen ab, wobei auch seine geographische und bevölkerungsmäßige Größe eine Rolle spielen. Frankreich kann selbst im Besitz von Wasserstoffbomben des stärksten Kalibers keine Weltmacht mehr werden. Rotchina wurde im gleichen Augenblick zur Weltmacht, als es eine eigene weltrevolutionäre Strategie, die sich von der sowjetischen nicht nur in Nuancen unterscheidet, zu verfolgen begann. Bis zu einem gewissen Grade neutralisieren sich die Einflüsse Chinas und der Sowjetunion durch ihren gegenseitigen Konkurrenzkampf. Andererseits gibt es kaum noch einen Zweifel, daß der

chinesische Einfluß in Asien und Afrika bereits größer als der sowjetische ist.

Rotchina durchbricht also nicht nur das alte Schema des Ost-West-Konflikts, sondern im Zusammenhang damit auch das Schema der beiden „Welthegemonien“ mit ihren scharf abgegrenzten Einflußsphären. China ist dabei, sich auf Kosten der sowjetischen (Nordkorea, Nordvietnam) wie auf Kosten der westlichen Einflußsphäre (Laos, Kambodscha, Südvietnam) ein eigenes Imperium zu schaffen.

Aber auch die Konstellation der drei Weltmächte wird nur von vorübergehender Dauer sein. Ganz abgesehen davon, daß Indien bereits als vierte Weltmacht nachwächst, treiben wir offensichtlich einer Art *Weltgemeinschaft* entgegen, deren Grundlage vermutlich *kontinentale Vereinigungen* (Vereinigte Staaten von Europa, von Asien, von Afrika) sein werden. Die Geschichte befindet sich in rasendem Fluß. Die Bewegung des demokratischen Sozialismus muß sich ihr in der Analyse wie in der Praxis an die Fersen heften, wenn sie nicht abgehängt werden will. Außerdem hat eine Weltbewegung des demokratischen und freiheitlichen Sozialismus nur dann Sinn, inneren Halt, Dynamik und Perspektive, wenn sie sich ein universales Ziel steckt. Wenn die Kommunisten, wie sie offen verkünden, eine Welt-diktatur erstreben — nun gut, dann wollen die freiheitlichen Sozialisten die *Weltdemokratie*. Das wäre ein missionarisches Ziel, für das sich auch die moderne Jugend begeistern ließe. *Günther Bartsch, Darme b. Lingen/Ems*

### Düstere Prognose?

*Fritz Sternberg* stellt in seinem Artikel „Die Zukunft des freiheitlichen Sozialismus“ (GM Heft 5/1962) fest, daß die auf europäische Verhältnisse zugeschnittenen Programme der sozialistischen Parteien nicht mehr ausreichen, weil „der europäische Weg... nicht der internationale Weg“ (ist). Er fordert mit Recht, daß dieser Zustand geändert werden müsse, und er ruft die freiheitlichen Sozialisten auf, „sich an die Spitze der Bestrebungen für jede Hilfe an die Entwicklungsländer zu setzen“.

Zu diesen an sich richtigen und erfreulich positiven Vorschlägen, deren Konkretisierung im europäischen Ausmaß viel Zeit brauchen dürfte, steht der übrige Inhalt des Artikels in einem merkwürdigen Gegensatz. Er ist nämlich weitgehend negativ. Es erübrigt sich, hier im einzelnen die verschiedenen kritischen Formulierungen, mit denen das Versagen des westlichen freiheitlichen Sozialismus gekennzeichnet wird, zu wiederholen. Sie gipfeln schließlich in der Feststellung, daß der freiheitliche Sozialismus „in keinem der großen Industriestaaten heute den entscheidenden politischen Einfluß“ hat. Und daraus ergibt sich,

wie Sternberg meint, „daß der freiheitliche europäische Sozialismus in den Entwicklungsländern für sein eigenes Überleben kämpft“.

Es soll hier nicht erörtert werden, ob er das überhaupt tut; aber nachdem Sternberg die eigentliche Klippe dieser Kausalzusammenhänge umschiff hat, sagt er leider wenig dazu, wie er sich dieses „Überleben“ denkt. Er erwähnt lediglich, daß es gelingen muß, „in den zum Teil noch feudal beherrschten Gesellschaftskörpern die soziologischen Umwälzungsprozesse so zu gestalten, daß sich dort demokratische Institutionen entwickeln können“. Meint er damit demokratische Einrichtungen nach dem Muster westlicher Industriestaaten? Wie können sie den Entwicklungsländern in Lateinamerika, Afrika und Asien musterhaft erscheinen, wenn diese, wie z. B. in der Bundesrepublik, von Notstandsgesetzen tödlich bedroht sind? Sicher denkt er dabei auch nicht an jene Scheindemokratien Lateinamerikas, die sich unter einer „Schutzmacht“ etablieren und sich jahrelang, teilweise bis auf den heutigen Tag (siehe Guatemala), halten konnten, weil es gewissen Kräften so gut ins Geschäft paßt. Oder bezieht sich der Ausdruck '„demokratische Institutionen“ etwa auf die EWG, von der im selben Heft der GM auf S. 269 zu lesen ist, wie diese Demokratie für die Arbeitnehmerorganisationen von den europäischen Großmächten praktiziert wird?

Im Januarheft 1961 der britischen Zeitschrift *International Affairs* schrieb *Herbert L. Matthews* von der lateinamerikanischen Redaktion der *New York Times*: „Die lateinamerikanischen Massen, die ihr Unglück als naturgegeben und unvermeidlich hingenommen hatten, haben allmählich begriffen, daß ihr Elend weder notwendig noch normal ist. Sie fordern heute soziale Gerechtigkeit mit einem Nachdruck, der das Verlangen nach einem

besseren Lebensstandard und einer gerechteren Verteilung des Reichtums zum entscheidenden Merkmal der heutigen Lage in Lateinamerika macht.“ Von dieser Sicht her muß den Staaten des amerikanischen Subkontinents der im Schlepptau der kapitalistischen Mächte agierende und — wie Sternbers zugibt — auf deren ökonomische und politische Konzeption einflußlose freiheitliche Sozialismus kaum attraktiv erscheinen. Wer im Kampf steht, sucht starke Bundesgenossen. Es zeichnet sich deshalb immer deutlicher ab, daß diese Länder ihre unausbleiblichen sozialen Umwälzungen mehr oder weniger unter anderen Vorzeichen durchsetzen werden.

*Matthews*, ein kenntnisreicher Gewährsmann für die prekäre Situation dieser Länder, schließt seinen Artikel mit folgenden Sätzen: „Die in der westlichen Hemisphäre heute am häufigsten gestellte Frage lautet: Evolution oder Revolution? Niemand weiß heute, wie die Antwort auf diese Frage lautet, aber was wir wissen ist, daß eine Änderung erfolgen muß, eine Änderung, die im wesentlichen darauf hinausläuft, daß die Forderung der lateinamerikanischen Massen nach sozialer Gerechtigkeit erfüllt oder ihre baldige Erfüllung wenigstens in Aussicht gestellt wird. Entweder bringen wir ihnen diese Erfüllung bzw. diese Hoffnung, oder sie werden es mit einer Revolution versuchen.“

Daraus ergibt sich für die geforderte und an sich begrüßenswerte Offensive des freiheitlichen Sozialismus für die Entwicklungsländer zwingend, daß er sich auf seine Grundlagen besinnen muß, die nicht nur dadurch gekennzeichnet sind, daß er „seine Geburtsstätte in Europa“ hat, sondern viel mehr noch dadurch, daß *Marx* und *Engels* seine wichtigsten Begründer waren. *Hermann Lücke, Hamburg*